

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 65 (1978)
Heft: 11

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ihren deutlichen Eigeninteressen auch heute noch eine wichtige Rolle spielen, ist schon aus dem Umstand ersichtlich, dass neben dem gemeinsamen Organ der Lehrerschaft, der hervorragend redigierten Lehrer-Zeitung, die Stufenkonferenzen ihre eigenen Informationsblätter herausgeben. Zum Teil sind sie sogar ziemlich aufwendig. Die Anliegen

der einzelnen Stufen und Schultypen sind als durchaus legitim anzuerkennen, aber auch der Wunsch nach Einheit der Volksschullehrerschaft. Paradox wäre hingegen, wenn ausgerechnet die Verfechter der Einheit der Volksschule deren Uneinigkeit vergrössern würden!
Artur Zollinger
in: ES-Informationen, Februar 1978

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Bundesrat Hürlimann zur Bildungspolitik

Bildungspolitik sei heute einer der wichtigsten Bereiche der Politik überhaupt, hat Bundesrat Dr. Hans Hürlimann vor der Delegiertenversammlung der CVP des Kantons Luzern in Willisau erklärt. Bildungspolitischen Entscheiden eine Mehrheit zu sichern, sei allerdings in unserer Referendumsdemokratie immer schwer.

Bei der Gründung einer Universität Luzern handle es sich für die Zentralschweiz um einen Entscheid von wahrhaft historischer Tragweite. Luzern und die Innerschweiz würden durch die Verwirklichung dieses Gemeinschaftswerkes nicht nur ein jahrhundertlanges kulturpolitisches Zusammenwirken bestärken, sondern auch das nachholen, was die anderen grossen Regionen unseres Landes mit eigenen Universitäten bereits im 19. Jahrhundert geschaffen hätten. Die Universität werde das geistige, politische und wirtschaftliche Gewicht Luzerns und der gesamten Zentralschweiz im Rahmen des Bundesstaates entscheidend stärken. Zweifelsohne gingen davon auch starke Impulse zur wirtschaftlichen Stärkung der ganzen Innerschweiz aus.

BE: Die Lehrerausbildung im künftigen Kanton Jura

Der jurassische Verfassungsrat hat am 17. Mai seine Debatte über die Lehrerausbildung im Kanton Jura beendet. Im Gegensatz zum Kanton Bern, wo nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit gleich ein Lehrerseminar besucht werden kann, werden die künftigen jurassischen Lehrerinnen und Lehrer nach dem Beschluss der Konstituante zunächst an einem Gymnasium die Maturität erlangen und dann eine zweijährige pädagogische Ausbildung erhalten müssen, bevor sie unterrichten dürfen. Kindergärtnerinnen und Hauswirtschaftslehrerinnen werden eine Fortbildungsschule und eine pädagogische Ausbildung zu absolvieren haben.

Der Verfassungsrat entschied sich auch über die Einrichtung der verschiedenen Ausbildungsstätten. So soll die Kantonsschule in Pruntrut in ein Gymnasium mit allen Maturitätstypen umgewandelt werden. Die pädagogische Schule wird ebenfalls in Pruntrut zu stehen kommen, während sich die Fortbildungsschule in Delsberg befinden wird.

LU: Wirtschaftskunde für Seminaristen

Wenn die Lehrerausbildung gesamtschweizerisch auf sechs Jahre ausgedehnt werde, könne eine mehrmonatige praxisorientierte Tätigkeit von Seminaristen in Industrie- oder Gewerbebetrieben geprüft werden, antwortete Erziehungsdirektor Walter Gut auf ein Postulat von Hans Aregger (CVP, Buttisholz). Auch die Einführung des Faches Wirtschaftskunde werde im Zusammenhang mit dem neuen Seminarlehrplan überprüft, stellte Walter Gut zum Vorstoss von Edgar Hinnen (LPL, Meggen) fest.

Beide Grossräte bemängelten die wirtschaftliche Ausbildung der Junglehrer. Viele junge Lehrpersonen hätten keine Ahnung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und schwebten in ihren Lebensvorstellungen in den Wolken, meinte Aregger. Regierungsrat Gut attestierte, dass bei zu viel Theorie der Bezug zur Realität verlorengehe. Hingegen könne er feststellen, dass an den Lehrerbildungsstätten im Kanton jetzt schon wirtschaftliche Zusammenhänge erklärt würden. Zum Teil bestände an den oberen Klassen ein systematischer Wirtschaftskunde-Unterricht, oder dann könne dieser als Wahlfach belegt werden.

LU: Landschenkung für Luzerner Universität gutgeheissen

Der Grosse Stadtrat von Luzern hat am 12. Mai mit 29 gegen 3 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, die Schenkung von 17 000 Quadratmetern Land für den Bau einer Universität gutgeheissen. Die Schenkung, die dem obligatorischen Referendum

unterliegt, erfolgte unter dem Vorbehalt des positiven Ausgangs der kantonalen Volksabstimmung über die Universität am 9. Juli.

UR: Wirbel um nichtgewählten Lehrer im Kanton Uri

Weil ein Mitglied des Redaktionsteams der linken Urner Zeitung «Alternative» nicht zum Hauptlehrer an der kantonalen Berufsschule gewählt wurde, sprechen Mitglieder der «Alternative»-Redaktion und der politischen Vereinigung «Kritisches Uri» von einem «Berufsverbot».

Von insgesamt sieben Bewerbern um die Stelle an der kantonalen Berufsschule Uri waren zwei, darunter der 27jährige «Alternative»-Redaktor, in die engere Wahl gezogen worden. Beide Kandidaten werden demnächst ihre Studien als Lic. phil. abschliessen. Der Mann der «Alternative» wurde schliesslich nicht gewählt. Der Urner Erziehungsdirektor Josef Brücker bestreitet den Vorwurf eines «Berufsverbotes». Er glaube, dass der gewählte Kandidat für die Stelle besser geeignet sei. Allerdings seien auch andere Überlegungen angestellt worden. So habe man sich gefragt, ob der Mann auch in den Lehrkörper der Schule passe. Nach seiner Ansicht seien weder Links- noch Rechtsextreme für solche Stellen geeignet. Der Kurs der «Alternative» sei aber «sozialistisch» und damit in der Nähe der extremen Linken.

FR: Gleichberechtigung von Lehrerinnen und Lehrern bei Stellenbesetzungen

Der Erziehungsdirektor anerkennt den Rechtsanspruch der Lehrerinnen auf Ernennung entsprechend dem juristischen Gutachten von Dr. Paul Zbinden. Wenn in Zukunft Ernennungen ausbleiben oder aufgeschoben werden, geschieht dies nicht aufgrund des Zivilstandes oder des Geschlechtes, sondern besonders in Fällen, wo Stellenaufhebungen bevorstehen oder wo schulische Qualifikationen ungenügend sind.

Das Angebot an Lehrstellen ist in den französisch-sprechenden Bezirken prekär. Im kommenden

Herbst hat auf 5 Bewerber einer eine Chance anzukommen. Ein Jahr später sieht die Prognose wegen stärkerer Abgänge aus den Seminarien noch düsterer aus. Als Sofortmassnahme verspricht der Erziehungsdirektor, in diesem Jahr zwei Stellenausschreibungen vorzunehmen. Er wird seine ganze Autorität dazu verwenden, um jenen eine Lehrstelle zu verschaffen, die ihren Posten wegen zu knapper Schülerbestände verloren haben. Das Verständnis auf Seite der Gemeinden wird hoffentlich nicht ausbleiben, denn die Berufserfahrung ist ein nicht zu unterschätzender Vorzug. (Le Faisceau)

BL: Schulgesetzrevision im Baselbiet

Der Baselbieter Landrat ist am 17. Mai auf das neue Schulgesetz eingetreten, das in einer von der Bildungskommission des Parlaments überarbeiteten Fassung vorliegt. Das neue Gesetz bringt eine Anpassung der Real- und Sekundarschule an jene in den meisten anderen Kantonen, eine Verpflichtung der Gemeinden zur Führung von Kindergärten, ein obligatorisches 9. Schuljahr und die Übernahme des Werkjahres durch den Kanton, es verbessert den Informationsfluss zwischen Schule und Elternhaus und ermöglicht den stärkeren Einfluss der Eltern auf den Schulbetrieb. Sodann werden gegenüber den heutigen gesetzlichen Bestimmungen die Klassengrössen gesenkt. Die Mehrkosten für den Kanton belaufen sich auf jährlich etwa 3 Mio. Franken.

VD: Umstrittene Dauer der Sommerferien

Einen Grossteil seiner Sitzung vom 17. Mai hat der Waadtländer Grosse Rat für die Beratungen aufgewendet, ob die Sommerferien in den Schulen sechs oder sieben Wochen dauern sollen. Der Staatsrat schlug eine Dauer von sechs und die beratende Kommission eine solche von sieben Wochen vor. Das Parlament entschied sich schliesslich dafür, den Gemeinden den Entscheid für eine der beiden Varianten zu überlassen. Hingegen soll das Schuljahr einheitlich im ganzen Kanton Anfang Juli zu Ende gehen.